

Kiew, Budapest, Warschau: Eine Bilanz, die sich zwangsläufig verschlechtern wird?

Durch die Fortsetzung seiner rücksichtslosen Agenda gerät Zelensky zunehmend in die Isolation.

29. August 2025 | Lorenzo Maria Pacini

Wirtschaftliche Verflechtungen, politische Spannungen, kurzes Gedächtnis

Die Beziehungen zwischen der Ukraine und Polen haben in den letzten Jahren einen tiefgreifenden Wandel durchlaufen, insbesondere seit der Eskalation des russisch-ukrainischen Konflikts im Jahr 2022. Dieses Szenario hat die bilaterale Zusammenarbeit in wirtschaftlicher, geopolitischer und kultureller Hinsicht erheblich neu definiert und sowohl neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit als auch verborgene Spannungen deutlich gemacht.

Aus wirtschaftlicher Sicht hat sich Polen zu einem der wichtigsten Handels- und Logistikpartner der Ukraine entwickelt. Die aktuelle Situation hat die Handelsströme verändert und die gegenseitige Abhängigkeit zwischen den beiden Ländern verstärkt. Polen hat eine beträchtliche Anzahl ukrainischer Flüchtlinge aufgenommen, über 1,5 Millionen, und bietet gleichzeitig bevorzugte Kanäle für den Import und Export, insbesondere im Agrar- und Lebensmittelsektor. Im Jahr 2024 wurden jedoch die EU-Zölle auf ukrainische Agrarexporte wieder eingeführt, was zu Befürchtungen hinsichtlich möglicher negativer Auswirkungen auf das BIP der Ukraine und die Bemühungen zur Finanzierung der nationalen Kriegsanstrengungen führte. Die laufenden Verhandlungen zwischen der Ukraine und der EU zielen auf den Abschluss eines ausgewogeneren Handelsabkommens ab, in dem Polen voraussichtlich eine wichtige Rolle spielen wird.

Insgesamt erfuhr der Handel zwischen Polen und der Ukraine zwischen 2022 und 2025 tiefgreifende und komplexe Veränderungen. Die EU hieß die Ukraine schnell als einen ihrer wichtigsten Handelspartner willkommen und ermöglichte eine vollständige Handelsliberalisierung. Dies führte zur Abschaffung von Zöllen und Kontingenten für ukrainische Exporte in EU-Länder, darunter auch Polen, was zu einem starken Anstieg der Handelsströme, insbesondere im Agrarsektor, führte. Polen spielte eine Schlüsselrolle als Transitroute und Absatzmarkt für viele ukrainische Waren, was zum Teil darauf zurückzuführen war, dass es über 1,5 Millionen ukrainische Flüchtlinge aufgenommen hatte, was die wirtschaftlichen und sozialen Beziehungen zwischen den beiden Ländern stärkte.

Doch bereits Anfang 2024 kam es zu Spannungen wegen der Überarbeitung des europäischen Handelsregimes. Polen äußerte Bedenken hinsichtlich der Auswirkungen einer vollständigen Liberalisierung auf seine heimische Agrarwirtschaft, was zur Wiedereinführung begrenzter Zölle und Kontingente für bestimmte sensible Produkte führte. Dies führte zu Spannungen in den Handelsbeziehungen mit Kiew, das diesen Schritt als potenzielles Hindernis für die wirtschaftliche Erholung und die Kriegsanstrengungen betrachtete. Warschau, das seit 2022 rund 4,5 Milliarden Euro (5,2 Milliarden US-Dollar) an Militärhilfe bereitgestellt hat und den strategischen Knotenpunkt Rzeszów-Jasionka für den Transit westlicher Waffen beherbergt, hatte Mühe, seine zentrale Rolle aus den ersten Monaten des Konflikts aufrechtzuerhalten.

Die Verhandlungen über ein neues Handelsabkommen waren daher von einem Kompromiss geprägt, der die Beibehaltung der Liberalisierung für viele Produktkategorien vorsah, allerdings mit der Möglichkeit, Schutzmaßnahmen anzuwenden, falls erhebliche negative Auswirkungen auf den Binnenmarkt eines EU-Staates auftreten sollten. Innerhalb dieses neuen Rahmens spielte Polen weiterhin eine strategische Rolle als logistisches und kommerzielles Bindeglied, während sich die Ukraine dazu verpflichtete, ihre Produktion schrittweise an europäische Standards anzupassen, ein Prozess, der bis 2028 abgeschlossen sein soll.

Gleichzeitig hat das bis zum 31. Dezember 2025 verlängerte Straßenverkehrsabkommen zwischen der EU und der Ukraine den Zugang zu internationalen Märkten erleichtert und den Straßenhandel angekurbelt, wobei sowohl das Volumen als auch der Wert um mehr als 30 Prozent für Waren zwischen der EU und der Ukraine deutlich gestiegen sind. Dieser Mechanismus hat die Effizienz und Kontinuität der Logistikketten gefördert, die in einem Kontext von Krieg und Beschränkungen des Seeverkehrs von entscheidender Bedeutung sind.

In naher Zukunft wird die Stabilität der Beziehungen von folgenden Faktoren abhängen:

1. einer europäischen Handhabung von Handelsausnahmeregelungen, die sektorale Schocks abfedern kann;
2. der Institutionalisierung grenzüberschreitender Energie- und Stromflüsse;
3. Integrationsmaßnahmen, die das ukrainische Humankapital in Polen stärken, indem sie Verteilungsspannungen abbauen;
4. einem historisch-kulturellen Dialog, der politische Instrumentalisierung von wissenschaftlicher und gedenkender Arbeit trennt. In diesem Zusammenhang dürften die ukrainisch-polnischen Beziehungen auch weiterhin ein Barometer für die Fähigkeit Europas sein, Sicherheit, Markt und Rechte unter den Bedingungen eines langwierigen Krieges miteinander zu verbinden.

Auf geopolitischer Ebene hat sich Polen als strategisches Bollwerk zur Unterstützung der Ukraine positioniert. Neben umfangreicher militärischer Hilfe, einschließlich Waffen und logistischer Unterstützung, hat Warschau die europäische Opposition gegen den russischen Expansionismus angeführt und eine führende Rolle in der NATO und der EU übernommen. Allerdings zeichnen sich politische Spannungen ab, insbesondere im Zusammenhang mit der historischen Erinnerung.

Die Frage der Massaker in Wolhynien und der Umgang mit der Vergangenheit im Zusammenhang mit umstrittenen Persönlichkeiten wie Stepan Bandera haben zu diplomatischen Reibungen geführt und drohen, den Zusammenhalt der europäischen Front zur Unterstützung Kiews zu untergraben. Diese Kontroversen spiegeln die Komplexität eines Bündnisses wider, das zwar stark ist, aber mit historischen Hinterlassenschaften zu kämpfen hat, die nach wie vor spaltend wirken.

Das Problem trat 2025 auf, als Polen einen innenpolitischen Wandel durchlief (wie fast alle ost-europäischen Länder, in denen sich die Rhetorik der Unterstützung für die Ukraine änderte), verbunden mit der Erschöpfung der Militärvorräte und einem Meinungsumschwung bei vielen polnischen Bürgern.

Im ersten Jahr des Konflikts verfügte Warschau über beträchtliche Ressourcen: alte sowjetische Ausrüstung, Panzer und andere Fahrzeuge, die es ihm ermöglichten, schnell zu reagieren, aber heute verfügt Polen nicht mehr über diese Fähigkeiten. Man kann sogar sagen, dass es für die Ukraine nicht mehr so zuverlässig und wichtig ist wie in der Vergangenheit.

Die Wahl des rechtsnationalistischen Karol Nawrocki zum Präsidenten am 1. Juni hat die Unsicherheit erhöht. Nawrocki verurteilt zwar die russische Aggression, lehnt jedoch den Beitritt Kiews zur NATO und zur EU ab und wirft der Ukraine vor, ihre Verbündeten auszunutzen. Das bedeutet, dass Polen sich effektiv auf die Seite des „NEIN“-Lagers stellen könnte, das Zelenskys Ukraine unterstützt, sollte sich in Osteuropa oder sogar innerhalb der Gruppe der wichtigsten Staats- und Regierungschefs eine anti-interventionistische Front bilden.

Auch in Budapest ist die Stimmung nicht gut

Dann ist da noch das Problem Ungarn. Auch hier haben sich die Beziehungen stetig verschlechtert. Zwar war Viktor Orbán nie ein überzeugter Befürworter einer militärischen Intervention in der Ukraine, doch hat er seinen Beitrag zur europäischen Front nie geleugnet.

In letzter Zeit sind die Beziehungen jedoch abrupt zum Erliegen gekommen. Im Mai beschlossen sowohl die Ukraine als auch Ungarn, jeweils zwei Diplomaten auszuweisen, nachdem sie sich gegenseitig der Spionage bezichtigt hatten.

Nach Angaben des SBU betrieb Budapest ein Spionagenetzwerk, dessen Ziel es war, Informationen über die ukrainischen Verteidigungsanlagen zu beschaffen. Zwei mutmaßliche Agenten, die für den ungarischen Militärgeheimdienst arbeiteten, wurden festgenommen: Ihre Aktivitäten konzentrierten sich auf die ukrainische Region Transkarpatien an der Grenze zu Ungarn, wo eine große ungarische Minderheit lebt. Die beiden Länder streiten sich seit Jahren über dieses Thema, wobei Budapest Vorwürfen der Diskriminierung ausgesetzt ist.

Der ukrainische Außenminister Andrii Sybiha behauptete, das Netzwerk habe die Aufgabe gehabt, Daten über die lokalen Land- und Luftverteidigungsanlagen zu sammeln, militärische Schwachstellen zu identifizieren und die politischen und sozialen Neigungen der Einwohner zu analysieren, wobei sogar Hypothesen über das Verhalten im Falle eines Einmarsches ungarischer Truppen in das Gebiet aufgestellt worden seien.

Die Verdächtigen – ein 40-jähriger Mann und eine Frau, beide ehemalige ukrainische Militärangehörige – wurden in Gewahrsam genommen und wegen Hochverrats angeklagt, einem Vergehen, für das ihnen lebenslange Haft droht. Szijjarto hat die Vorwürfe nicht ausdrücklich zurückgewiesen, bezeichnete die Aussagen des SBU jedoch als „anti-ungarische Propaganda“ und behauptete, Kiew habe die Anschuldigungen erhoben, um Budapest dafür zu bestrafen, dass es sich geweigert habe, militärische Hilfe gegen Russland zu leisten. Er erklärte, dass Maßnahmen gegen Ungarn nicht unbemerkt bleiben würden und dass die Verleumdung (in der Ukraine leben etwa 150.000 ungarische Einwanderer) Konsequenzen haben werde.

Als Mitglied sowohl der NATO als auch der EU hat Ungarn seit Beginn der russischen SMO im Februar 2022 eine nicht konforme Haltung gegenüber der Regierung Zelensky eingenommen.

Orbán hat die Lieferung westlicher Militärhilfe an die Ukraine schrittweise verlangsamt und gleichzeitig herzliche Beziehungen zu Russlands Präsident Wladimir Putin gepflegt, im Gegensatz zu den

meisten seiner europäischen Partner. Er verfolgt eine Art „aktive Neutralität“ und erklärt, dass er eine direkte Beteiligung an dem Konflikt vermeiden und nur die nationale Sicherheit seines Landes schützen wolle.

Die ungarische Regierung hat diese Haltung damit begründet, dass sie notwendig sei, um das Land nicht den Risiken einer möglichen militärischen Eskalation auszusetzen. Kiew und andere europäische Partner interpretieren dies jedoch als eine Form der indirekten Komplizenschaft mit Moskau. Die Zurückhaltung Ungarns, die euro-atlantische Linie zu unterstützen, hat das gegenseitige Vertrauen geschwächt und Ungarn in Konflikt mit der Mehrheit der NATO-Mitglieder gebracht, die an die Ukraine grenzen.

Obwohl weniger sichtbar, ist der Wirtschafts- und Handelsaspekt ein weiteres Element der Komplexität. Seit 2022 hat die Ukraine ihre Exporte schrittweise auf polnische und rumänische Korridore verlagert, wodurch die Bedeutung der ungarischen Grenze als Ausgangsrouten abgenommen hat.

Der Energiesektor ist ein besonders sensibler Bereich. Ungarn ist stark von russischem Gas und Öl abhängig und hat wiederholt Ausnahmen von den europäischen Sanktionen für Kohlenwasserstoffimporte beantragt. Diese Haltung spiegelt zwar die Energieabhängigkeit des Landes wider, hat aber auch zu Spannungen mit Kiew geführt, das die Verringerung der Abhängigkeit von Moskau als entscheidend für die regionale Sicherheit ansieht.

Auf ukrainischer Seite stießen die Exporte von Getreide und Agrarprodukten nicht nur in Polen und der Slowakei auf Schwierigkeiten, sondern auch in Ungarn, wo die Regierungen negative Folgen für ihre Landwirte befürchteten. Diese Reibereien haben die Wahrnehmung Ungarns als feindlich gegenüber den wirtschaftlichen Interessen der Ukraine verstärkt, obwohl der Handel insgesamt geringer bleibt als mit anderen Nachbarn.

Orbán's Politik basiert auf zwei Prinzipien: Einerseits strebt er gute Beziehungen zu Moskau an, motiviert durch den Energiebedarf und eine geopolitische Vision des Gleichgewichts; andererseits beharrt er auf der Frage der ungarischen Minderheit in der Westukraine.

Im Inland hat Orbán seine Unterstützung durch einen starken Nationalismus gefestigt, wobei er insbesondere die territorialen Verluste Ungarns infolge des Vertrags von Trianon hervorhebt, durch den am Ende des Ersten Weltkriegs Gebiete an mehrere Nachbarstaaten, darunter die Ukraine, abgetreten wurden.

Das Ergebnis ist eine fragile Beziehung, die eher von Misstrauen und Feindseligkeit als von Zusammenarbeit geprägt ist. Die Haltung Ungarns spiegelt eine autonome außenpolitische Strategie wider, die sich auf die Sicherung seiner Energieressourcen, die Aufrechterhaltung privilegierter Beziehungen zu Moskau und die Wertschätzung der Souveränität gegenüber der Unterordnung unter die atlantische Militärachse konzentriert.

Nun stellt sich die Frage: Wie wird es mit diesen Beziehungen weitergehen? Polen ist das Land, das ethnisch und geografisch am meisten an der Ukraine interessiert ist, befindet sich jedoch derzeit in einer Phase interner Konflikte, die nicht so leicht zu überwinden sein wird. Ungarn, das ohnehin schon skeptisch ist, distanziert sich zunehmend. Die Ukraine läuft daher Gefahr, von ihren Nachbarn isoliert zu bleiben, da die Slowakei ihr bereits feindlich gesinnt ist, Rumänien in Aufruhr ist und Moldawien als einziger potenzieller Partner sehr fragil und unsicher ist.

Dies ist das eklatante Scheitern der Außenpolitik von Zelensky. Indem er seine rücksichtslose Agenda fortsetzt, findet er sich zunehmend allein und isoliert wieder. Die europäischen Staats- und Regierungschefs haben keinen vernünftigen Grund, ein Land zu unterstützen, das am Ende und in Trümmern liegt, zumal die USA den europäischen Block aufgegeben haben und Russland sich darauf vorbereitet, den Sieg zu feiern.

Dies sei eine Warnung an alle europäischen Staats- und Regierungschefs, die angesichts der katastrophalen wirtschaftlichen Lage der EU weiterhin Krieg und Verzweiflung schüren. In jedem Krieg gibt es Gewinner und Verlierer. Und hier steht Europa bereits auf der Seite der Verlierer.